

FULL PAPER

Gemeinwohl oder Privateigentum? Die Positionen der deutschsprachigen Presse in der Debatte über eine Freigabe der Corona-Impfstoffpatente

Common good or private property? The positions of the German-language press in the debate on the suspension of coronavirus vaccine patents

Julia Polkowski, Hendrik Theine & Uwe Krüger

Julia Polkowski (M. A.), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Institut für Sozialwissenschaften, Abteilung für Kommunikations- und Medienwissenschaft, Universitätsstraße 1, 40225 Düsseldorf, Deutschland. Kontakt: julia.polkowski@hhu.de

Hendrik Theine, (Dr.), Johannes-Kepler-Universität Linz, Socio-Ecological Transformation Lab & Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft, Keplergebäude, Altenberger Straße 69, 4040 Linz, Österreich. Kontakt: hendrik.theine@jku.at. ORCID: <https://orcid.org/0000-0002-5272-0670>

Uwe Krüger, (Dr.), Universität Leipzig, Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft, Zeppelinhaus, Nikolaistraße 27–29, 04109 Leipzig, Deutschland. Kontakt: uwe.krueger@uni-leipzig.de. ORCID: <https://orcid.org/0000-0002-7324-524X>



FULL PAPER

Gemeinwohl oder Privateigentum? Die Positionen der deutschsprachigen Presse in der Debatte über eine Freigabe der Corona-Impfstoffpatente

Common good or private property? The positions of the German-language press in the debate on the suspension of coronavirus vaccine patents

Julia Polkowski, Hendrik Theine & Uwe Krüger

Zusammenfassung: Während der COVID-19-Pandemie flammte 2021 kurz eine breite öffentliche Debatte über eine Freigabe der Corona-Impfstoffpatente auf. Die Forderung danach kam aus dem mit Impfstoffen unversorgten Globalen Süden: Ein zeitweiliges Aussetzen der Patente („TRIPS Waiver“) sollte eine Steigerung der Vakzine-Produktion und eine bessere Versorgung der dortigen Bevölkerung mit Impfdosen ermöglichen. Vor dem theoretischen Hintergrund der Kritischen Politischen Ökonomie der Medien, insbesondere der These zur „herrschaftlichen Funktion“ der Medien im Kapitalismus (Holzer), fragt dieser Beitrag nach den Positionen der deutschsprachigen Presse in dieser Debatte, die mit Blick auf den Schutz von geistigem Privateigentum ein zentrales Prinzip des kognitiven Kapitalismus herausforderte. Zur Erhebung führten wir eine qualitative Inhaltsanalyse von meinungsbetonten Artikeln der wichtigsten deutschsprachigen überregionalen Tages- und Wochenzeitungen sowie Nachrichtenmagazinen durch. Die Analyse kommt zu dem Ergebnis, dass der Vorschlag eines vorübergehenden Aussetzens der Patente in der deutschsprachigen Presse überwiegend Ablehnung erfuhr. Meinungsbeiträge, die sich gegen die Aussetzung der Patente aussprachen, kamen doppelt so häufig vor wie Beiträge, die die Aussetzung befürworteten. Erstaunlicherweise wurde auch für eine Freigabe eher selten mit Gemeinwohl und Solidarität argumentiert, sondern meist mit dem Punkt, dass eine Patentfreigabe ökonomisch sinnvoll sei. Es gab demnach kaum einen Gegendiskurs, welcher wesentlich vom kapitalistischen Prinzip der Profitmaximierung abwich. Alles in allem lässt sich die These der Kritischen Politischen Ökonomie der Medien, dass die Massenmedien eine systemstabilisierende Funktion erfüllen, für die hier untersuchten Zeitungen und Zeitschriften also weitgehend bestätigen.

Schlagwörter: Impfstoffpatente, COVID-19-Pandemie, Kritische Politische Ökonomie der Medien, qualitative Inhaltsanalyse, Medienbias

Abstract: During the COVID-19 pandemic, a public debate briefly emerged in 2021 regarding the release of coronavirus vaccine patents. The call for such a measure came from the Global South, which was undersupplied with vaccines: A temporary suspension of patents ('TRIPS waiver') should enable an increase in vaccine production and a better supply of vaccine doses to the local population. Against the theoretical background of the critical political economy of the media, in particular the thesis on the 'domineering func-

tion' of the media in capitalism (Holzer), this article examines the positions of the German-language press in this debate, which challenged a central principle of cognitive capitalism regarding the protection of intellectual private property. We conducted a qualitative content analysis of opinion-oriented articles from the most important German-language national daily and weekly newspapers and news magazines. The analysis concluded that the proposal for a temporary suspension of patents was predominantly rejected in the German-language press. The contra-release opinion was found twice as often in the public debate as the pro-release opinion. Surprisingly, articles in favour of patent liberalisation rarely argued with the common good and solidarity, but mostly made the point that patent liberalisation would make economic sense. There was hardly any counter-discourse that deviated significantly from the capitalist principle of profit maximisation. The thesis of the critical political economy of the media that the mass media fulfil a system-stabilising function can therefore be largely confirmed for the newspapers and magazines examined here.

Keywords: Vaccine patents, COVID-19 pandemic, critical political economy of the media, qualitative content analysis, media bias

1. Einleitung

Die Regierungs- bzw. Herrschaftsform Demokratie und die Wirtschaftsform Kapitalismus stehen seit jeher in einem Spannungsverhältnis (Kocka & Merkel, 2015). Dieses entspringt den unterschiedlichen Funktionslogiken der beiden Systeme. Denn während die egoistische Wahrnehmung partikularer Vorteile sowie Profitmaximierung die Hauptantriebe kapitalistischen Wirtschaftens darstellen, bildet die Verwirklichung des allgemeinen Wohls das Ziel demokratischer Politik. Auch die Legitimationsgrundlagen beider Systeme unterscheiden sich grundsätzlich voneinander: Auf kapitalistischer Seite sind ungleich verteilte Eigentumsrechte unabdingbar, auf demokratischer Seite sind gleiche Staatsbürgerrechte fundamental (ebd., S. 313). Der Konflikt zwischen beiden Systemen entzündet sich also in erster Linie an den Aspekten der Gleichheit und Gerechtigkeit (ebd., S. 331).

Während der Corona-Pandemie trat dieser Konflikt besonders deutlich zutage, als eine Freigabe der Impfstoffpatente gefordert und öffentlich debattiert wurde. Länder wie Indien und Südafrika forderten am 2. Oktober 2020 ein Aussetzen der Rechte und Patente auf geistiges Eigentum („TRIPS Waiver“) für die Corona-Impfstoffe während der Pandemie (WTO, 2020), da die Patente den Zugang der gesamten Weltgemeinschaft zu den dringend benötigten Impfstoffen behinderten (Benavides, 2023; Sekalala et al., 2021; Thambisetty et al., 2022). Ein TRIPS-Waiver hätte es den WTO-Mitgliedern rechtlich erlaubt, die Erteilung und Durchsetzung von Patenten im Zusammenhang mit COVID-19 für die Dauer der Pandemie zu pausieren. Dies hätte Ländern mit niedrigem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf die Möglichkeit geboten, selbstständig Corona-Impfstoffe herzustellen und der Pandemie womöglich früher Einhalt zu gebieten. Doch mehrere einkommensstarke Länder lehnten den Vorschlag umgehend ab (Aryeetey et al., 2021).

Wir nehmen diesen Fall als Anlass, um zu untersuchen, ob sich die Presse – welche sich selbst als unabhängig von Politik und Wirtschaft oder gar als „vierte Gewalt“ begreift – in dieser Gesundheitskrise globalen Ausmaßes hinter das kapitalistische Prinzip des (geistigen) Eigentums stellt, oder ob sie sich für demokrati-

sche Werte wie öffentliches Wohl und Gleichheit einsetzt. Wir analysieren dazu Meinungsbeiträge zur potenziellen Freigabe von Impfstoffpatenten dahingehend, ob eine Freigabe in der deutschsprachigen Presse abgelehnt oder befürwortet wurde und mit welchen Argumenten die jeweilige Position begründet wurde. Darüber hinaus interessiert uns, wie stark das Thema emotional aufgeladen war und ob die Patentfrage auch medial als jene Systemfrage diskutiert wurde, als welche wir sie theoretisch konstruieren.

Unsere Studie schließt argumentativ an die Kritische Politische Ökonomie der Medien an, welche die Rolle der Medien vor dem Hintergrund des kapitalistischen Systems konzeptualisiert (z. B. Fuchs, 2017; Golding & Murdock, 2000; Herman & Chomsky, 2023; Holzer, 1994; McChesney, 2008; Mosco, 2009). Diese Theorietradition misst den Medien aufgrund ihrer Einbettung in politökonomische Zusammenhänge eine Mitwirkung an der Stabilisierung der kapitalistischen Ordnung bei. Wir konzentrieren uns auf die den Medien zugeschriebene herrschaftsstabilisierende Funktion, aus welcher sich die Annahme ableiten lässt, dass kapitalfreundliche Argumentationen in der öffentlichen Debatte überwiegen.

Im Folgenden erläutern wir zunächst den theoretischen Hintergrund unseres Beitrags und gehen dann auf den aktuellen Forschungsstand ein. Anschließend erfolgt die Darstellung unserer methodischen Vorgehensweise und der Ergebnisse.

2. Die Impfstoffpatente-Debatte als Fallbeispiel für den Konflikt zwischen Kapitalismus und Demokratie

Zwar leben die westlichen Gesellschaften seit geraumer Zeit in einer Verbindung aus Demokratie und Kapitalismus, doch stehen die beiden Ordnungssysteme seit jeher in einem grundlegenden Spannungsverhältnis (Kocka & Merkel, 2015; Streeck, 2013, S. 90–97).

Kapitalismus verstehen wir mit Wright (2017) als „eine bestimmte Art, die Wirtschaftstätigkeit einer Gesellschaft zu organisieren. Er kann anhand zweier Hauptaspekte charakterisiert werden: des Wesens seiner *Klassenverhältnisse* und seiner zentralen Mechanismen *wirtschaftlicher Koordinierung*.“ (ebd., S. 78) Der erste Aspekt meint, dass sich die Produktionsmittel in Privateigentum befinden: Wie sie verwendet werden, wird von der besitzenden Klasse oder ihren Vertreterinnen und Vertretern bestimmt, während Eigentumslose ihre Arbeit gegen Lohn zur Verfügung stellen müssen. Der zweite Aspekt meint die Art der Allokation der Güter in der Gesellschaft. Diese geschieht nicht über staatliche Koordinierung, sondern durch „Mechanismen des dezentralisierten, freiwilligen Tausches zwischen privat verhandelnden Vertragsparteien“ (ebd., S. 79). Preise und Mengen der produzierten Güter und Dienstleistungen werden über „den Markt“ bzw. über Märkte bestimmt. Aus dieser Konstellation folgt nach Wright der „Wettbewerbstrieb kapitalistischer Betriebe“ und „ihr Streben nach Profit und Kapitalakkumulation“ sowie ihr Zwang, nach Innovationen und Kostensenkung zu streben, um im Konkurrenzkampf zu überleben (ebd.; vgl. Kocka & Merkel, 2015, S. 309).

Die Widersprüche ergeben sich daraus, dass im Kapitalismus ungleich verteilte Eigentumsrechte eine notwendige Bedingung darstellen, während in der Demokratie gleiche Staatsbürgerrechte grundlegend sind. Ebenso kollidieren das Profitstreben und die egoistische Verfolgung partikularer Interessen im Kapitalismus mit dem demokratischen Ziel des allgemeinen Wohls (Kocka & Merkel, 2015, S. 313, 320).

Nach Streeck (2013) kann der Konflikt beider Systeme auch als Widerspruch zweier konkurrierender Verteilungsprinzipien beschrieben werden: Auf einer Seite das Prinzip der Marktgerechtigkeit und auf der anderen das der sozialen Gerechtigkeit. Gemäß ersterem entscheidet der Markt vermittelt über Preise, was gerecht ist, also wer in welchem Maße für seine individuelle Leistung belohnt wird. Soziale Gerechtigkeit dagegen orientiert sich an Bürger- und Menschenrechten, wie dem Recht auf Gesundheit, der Teilhabe am öffentlichen Leben und der sozialen Sicherheit (ebd., S. 91–92). Aus Sicht des Marktes bringt das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit den Marktprozess und seine Ergebnisse lediglich durcheinander, stört das Leistungsprinzip und ist allgemein „wirtschaftsfremd“ (ebd., S. 93).

Der Konflikt zwischen beiden Systemen entzündet sich also in erster Linie an Fragen der Gleichheit und Gerechtigkeit (ebd., S. 90–97; Kocka & Merkel, 2015, S. 331). Es lässt sich folglich resümieren: „Kapitalismus ist nicht demokratisch, Demokratie nicht kapitalistisch.“ (Kocka & Merkel, 2015, S. 313).

Die öffentliche Debatte über eine mögliche Freigabe der Corona-Impfstoffpatente eignet sich als Fallbeispiel für den Konflikt zwischen Kapitalismus und Demokratie, da Patente als eine Form des geistigen (Privat-)Eigentums ein zentrales Element des gegenwärtigen Kapitalismus darstellen (Zukerfeld, 2017). So wird die zeitgenössische wirtschaftliche Produktionsweise weithin unter dem Begriff „wissensbasierter“ oder auch „kognitiver“ Kapitalismus zusammengefasst (Caruso, 2016; Moulier Boutang, 2012; Reckwitz, 2019; Vercellone, 2007), da zunehmend immaterielles Kapital, wie z. B. Daten oder eben Patenteigentum, die Basis des Großteils der ökonomischen Produktionsprozesse bildet. Die Absicherung von wirtschaftlich relevantem Wissen in Form von Patenten gehörte aber schon immer zu den Grundfesten des kapitalistischen Systems (Zukerfeld, 2017). Das gegenwärtig zentrale Argument für strikte globale Schutzrechte des geistigen Eigentums ist, dass diese die Innovationsfähigkeit von Unternehmen gewährleisten, was langfristig allen zugutekomme.¹

Im Zuge der Corona-Krise wurden Patente schließlich zum Gegenstand der öffentlichen Debatte. Bekanntermaßen hat die durch das Coronavirus hervorgerufene Pandemie die Gesellschaften weltweit vor enorme Herausforderungen gestellt – in gesundheitlicher, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht (z. B. Bambra et

1 Diese basal-ökonomische Argumentationsweise ist aber alles andere als eindeutig. Eine Meta-Studie von Baby und Adaina (2022) stellt heraus, dass es keine schlüssigen empirischen Beweise für eine höhere Innovationsfähigkeit von Unternehmen durch globale geistige Eigentumsrechte gibt. Zwar finden einige Studien immer wieder positive Zusammenhänge zwischen Innovationstätigkeiten von Unternehmen oder Branchen und geistigen Eigentumsrechten. Doch gleichzeitig gibt es sogar eher mehr Studien, die keine oder sogar negative Effekte finden. Es gibt somit keine belastbaren Hinweise darauf, dass Patente Innovationsfähigkeit fördern und somit der Allgemeinheit nützen.

al., 2020; Oxfam, 2021; Spanakis et al., 2021). Im Kampf gegen die Pandemie fungierten die von den Pharmakonzernen Biontech/Pfizer, Moderna, AstraZeneca und Johnson & Johnson entwickelten, patentgeschützten Impfstoffe als ein zentrales Mittel. Allerdings erwies sich die Produktion und Verteilung der Impfstoffe auf globaler Ebene als höchst ungleich (Lagman, 2021; Rydland et al., 2022; Zhou, 2022). Die reichsten Länder der Welt reservierten genügend Dosen, um ihre eigene Bevölkerung mehrfach zu immunisieren, sodass die Impfstoffe vor allem in Ländern mit hohem und mittlerem Pro-Kopf-BIP flächendeckend verabreicht wurden (Cameroni et al., 2021). Dieser Impfstoff-Nationalismus („vaccine nationalism“) hatte zur Folge, dass Länder mit niedrigen Durchschnittseinkommen einen begrenzten und verzögerten Zugang zu dieser wichtigen Gesundheitsressource bekamen (Lagman, 2021; Zhou, 2022).

Die Patente auf die neu entwickelten Impfstoffe spielten dabei eine zentrale Rolle für die anhaltende Ungleichverteilung der Impfungen. Denn die Pharmakonzerne hatten Patente auf die von ihnen entwickelten Impfstoffe angemeldet, sodass Unternehmen in anderen Ländern diese Impfstoffe nicht produzieren konnten. Die dringend notwendige Steigerung der Produktions- und Vertriebskapazitäten von Impfstoffen blieb damit aus. Diese Kontrolle über die Impfstoff-Produktionskapazitäten behinderte den Zugang der Weltgemeinschaft zu den benötigten Impfstoffen (Benavides, 2023; Sekalala et al., 2021; Thambisetty et al., 2022). Die niedrigen Impfraten haben recht wahrscheinlich neue Mutationen in vielen Ländern befördert und somit zu weiteren Erkrankungen und Toten sowie negativen makroökonomischen Folgen, wie Nachfrageschocks und Unterbrechungen in den Produktions- und Lieferketten, geführt (Roy, 2022; Williams & Burgers, 2021).

Länder wie Indien und Südafrika forderten entsprechend am 2. Oktober 2020 ein Aussetzen der Rechte und Patente auf geistiges Eigentum („TRIPS Waiver“) für die Corona-Impfstoffe während der Pandemie (WTO, 2020), mit dem Ziel, eine gesteigerte Produktion zu ermöglichen, damit einkommensschwächere Länder leichteren Zugang zu den Impfstoffen erhalten könnten. Ein TRIPS-Waiver hätte es den WTO-Mitgliedern rechtlich erlaubt, die Erteilung und Durchsetzung von Patenten, die im Zusammenhang mit COVID-19 stehen, für die Dauer der Pandemie zu pausieren. Dies hätte Ländern mit niedrigem Einkommen die Möglichkeit geboten, selbstständig Corona-Impfstoffe herzustellen. Doch verschiedene einkommensstarke Länder, wie die der EU, Großbritannien, Japan und zu Beginn auch die USA, lehnten den Vorschlag umgehend ab (Aryeetey et al., 2021).

Am 5. Mai 2021 gab die US-Regierung in Gestalt der Handelsbeauftragten Katherine Tai dann überraschend bekannt, dass sie das Aussetzen der Impfstoffpatente nun doch unterstützen würde – zu diesem Zeitpunkt waren nach WTO-Schätzungen mindestens 80 % der über 1,1 Milliarden Impfdosen in Ländern mit hohem und oberem mittlerem Einkommen verabreicht worden. Hinter diesem Vorstoß sind keine Wohltätigkeitszwecke zu vermuten, sondern vielmehr die rational-ökonomische Motivation, nachdem die nationale Gesundheit und Wirtschaft stabilisiert wurden, auch für deren internationale Wiederherstellung zu sorgen, damit der weltweite Handel wieder in Gang kommen kann.

Dieser Positionswechsel der US-Regierung führte zu einem Aufflammen der Debatte um eine Freigabe von Impfstoffpatenten (Iacobucci, 2021) und war in der Chronologie der weltweiten Pandemiebekämpfung von herausragender Bedeutung, da er kurzzeitig die Möglichkeit eröffnete, eine Patentfreigabe zu realisieren. Zugleich zeigt er, dass eine einfache inhaltsanalytische Erhebung von Pro- und Contra-Positionen nicht ausreicht, um ein aufschlussreiches Bild von der Debatte zu zeichnen und daher auch die jeweils angeführten Argumente einbezogen werden müssen.

Die beschriebene Situation nehmen wir zum Anlass, um herauszuarbeiten, für welche Seite und mit welchen Argumenten die deutschsprachige Presse in ihren Meinungsbeiträgen Position bezog. Verweist sie auch in einer globalen Notlage auf das im Kapitalismus geltende Recht auf geistiges Eigentum, oder steht sie für den demokratischen Wert der Solidarität in der Frage der öffentlichen Gesundheit ein?

3. Theoretischer Ansatz: Die Kritische Politische Ökonomie der Medien

Wir ziehen die kommunikationswissenschaftliche Theorietradition der Kritischen Politischen Ökonomie der Medien heran, um die Funktion der Medien innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu konzeptualisieren (z. B. Fuchs, 2017; Golding & Murdock, 2000; Herman & Chomsky, 2023; Holzer, 1994; McChesney, 2008; Mosco, 2009). Es gibt eine Vielzahl an Strömungen, die sich dieser Tradition zuordnen, sich aber hinsichtlich des Forschungsgegenstandes, des Fokus auf Theorie oder Empirie, der Relation von Struktur und Handlung sowie der Relation von Ökonomie und Gesellschaft unterscheiden (Fuchs, 2017, S. 258). Ihre Gemeinsamkeit besteht darin, dass sie auf Karl Marx' historisch-dialektischen Materialismus und dessen kritische Kapitalismusanalyse zurückgehen (Knoche, 2001, S. 104) und somit ihren Forschungsgegenstand – Medien bzw. öffentliche Kommunikation – stets vor dem Hintergrund von Macht und Herrschaft, sozialen Klassen und kapitalistischer Produktion- und Reproduktionsweise betrachten (Fuchs, 2017, S. 258). Zu den Grundfragen der Kritischen Politischen Ökonomie zählt laut Knoche, einem bedeutenden Vertreter der deutschsprachigen Kritischen Politischen Ökonomie der Medien (Sevignani, 2016, S. 5), „die Analyse des Verhältnisses von Medienindustrie und kapitalistischer Gesellschaft, also die Rolle der Medien für das gesamte materielle, wirtschaftliche, gesellschaftliche, soziale, politische und kulturelle Leben“ (Knoche, 2002, S. 105).

Der Rückbezug auf Marx ist auch ein Grund, weshalb der Ansatz trotz seiner ungebrochenen Aktualität (Fuchs, 2017) als ein „vergessener“ (Holzer, 1994) und marginalisierter Ansatz gilt. Da man im deutschen Sprachraum nach wie vor „berechtigte Angst“ haben muss, „als Marxist zu gelten“ (Knoche, 2005, S. 411; s. a. Fuchs, 2017, S. 270–271), wird die Kritische Politische Ökonomie nur selten als Analyseinstrument herangezogen. Ein weiterer Grund liegt in der holistischen Perspektive, welche stets Ökonomie, Politik und Kultur in der Analyse integriert (Sevignani, 2016, S. 2), wodurch der Ansatz zum einen eine hohe Komplexität aufweist und zum anderen schwer mit dem dominanten wissenschaftstheoreti-

schen Paradigma des Kritischen Rationalismus vereinbar zu sein scheint (Lobigs, 2017).

Da wir den Ansatz als fruchtbar und geeignet für unser Erkenntnisinteresse erachten, soll keiner dieser Gründe eine Anwendung ausschließen. Der empirische Fokus der vorliegenden Arbeit erfordert jedoch, dass wir uns auf einen kleinen Teilbereich aus dem weiten Spektrum der Kritischen Politischen Ökonomie der Medien konzentrieren.

Hierzu gehen wir zunächst auf die vier Kernaufgaben der Massenmedien ein, welche Holzer für den deutschsprachigen Raum paradigmatisch ausgearbeitet hat (Holzer, 1994, S. 202–203, 208). Diese basieren auf der Annahme, dass die Massenmedien als privatwirtschaftliche bzw. öffentlich-rechtliche Akteure einen Baustein des polit-ökonomischen Herrschaftszusammenhangs darstellen und in logischer Konsequenz an der Stabilisierung der kapitalistischen Ordnung mitwirken (ebd., S. 201). Demnach repräsentieren Medienprodukte *erstens* Waren, welche zur Profitmaximierung genutzt werden (kapitalökonomische Funktion); *zweitens* sind sie an der Herstellung und Verbreitung von Medienbotschaften für Produkte und Dienstleistungen beteiligt (warenzirkulierende Funktion); *drittens* kommt ihnen die Aufgabe zu, die zentralen Prinzipien der kapitalistischen Ordnung zu stützen und mit dem Kapitalismus einhergehende gesellschaftliche Probleme, wie soziale Ungleichheit und Krisenerscheinungen zu verschleiern (herrschaftliche Funktion); *viertens* bieten sie den Bürgerinnen und Bürgern Entspannung und Ablenkung von den täglichen Strapazen und Sorgen in der kapitalistischen Gesellschaft, damit diese weiterhin im Sinne des Systems funktionieren (regenerative Funktion) (ebd., S. 202–203, 208; s. a. Sevignani & Polkowski, 2022, S. 394–395).

In unserer Studie konzentrieren wir uns auf die dritte, sogenannte herrschaftliche Funktion der Medien zur Absicherung der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Wir operationalisieren diese Funktion als Denk- und Argumentationsmuster, welche Privateigentum – hier: Impfstoffpatente – als eine zentrale Säule des kapitalistischen Produktionsprozesses zu schützen versuchen.

4. Der Stand empirischer Forschung

Aus der oben beschriebenen Kritischen Politischen Ökonomie der Medien lässt sich auf konzeptioneller Ebene die Annahme ableiten, dass kapitalismusfreundliche Argumentationen in der öffentlichen Debatte überwiegen. Gleichzeitig existiert eine Reihe weiterer Medienlogiken und Faktoren, die eine kapitalismusfreundliche Ausrichtung der Medien – zumindest zeitweise bzw. je nach Themenkomplex – durchaus abfedern oder sogar übertrumpfen können. So spielt auch die Ausrichtung auf Interessen und Präferenzen des Publikums eine gewisse Rolle (Scholl, 2004; Vu, 2014). Außerdem ist denkbar, dass sich die individuellen ideologisch-weltanschaulichen Positionen der Journalistinnen und Journalisten in der Berichterstattung niederschlagen. Es bleibt also eine empirische Frage, ob und wann kapitalismusfreundliche, also das kapitalistische System und seine zentralen Prinzipien schützende und stützende Argumentationsmuster, oder demokratiezen-

trierte, also auf soziale Gerechtigkeit und Allgemeinwohl fokussierte Argumente in der medialen Debatte dominieren.

Da uns keine Studie zur Berichterstattung über die Frage von Patenten in den deutschsprachigen Medien bekannt ist, referenzieren wir im Folgenden empirische Literatur zur Frage, wie die in den letzten Jahren und Jahrzehnten zunehmende ökonomische Ungleichheit und ihre demokratischen Antwortmöglichkeiten medial verhandelt worden sind. An dieser Thematik lässt sich zum einen die Frage der wirtschaftsfreundlichen Ausrichtung von Medien illustrativ diskutieren, und zum anderen lassen sich Schlüsse für die Forschungsfragen unseres Beitrags ableiten (siehe nächster Abschnitt).

Verschiedene langfristige Untersuchungen zeigen, dass im Laufe der Jahrzehnte eine weitreichende Hinwendung zu einer stärker wirtschaftsfreundlich akzentuierten Berichterstattung stattgefunden hat. Volkmann (2006) zeichnet einen Paradigmenwechsel in der Kommentierung zu ökonomischer Ungleichheit zwischen 1970 (Hochzeit des „sozialdemokratischen Konsensus“) und 2000 (Hochzeit des Neoliberalismus) nach. Beispielsweise argumentierte die arbeitgebernahe *Frankfurter Allgemeine Zeitung* im Jahr 2000 wesentlich offensiver gegen Umverteilungspolitik als noch 1970, während die arbeitnehmernahe *Frankfurter Rundschau* trotz ihrer linksliberalen Ausrichtung zunehmend zurückhaltender in ihrer Begründung von Umverteilungsmaßnahmen wurde (ebd., S. 261).

Auch eine Studie von Schaal et al. (2016), in der 3,5 Millionen Zeitungsartikel mit einem „Wörterbuch des Neoliberalismus“ abgeglichen worden sind, kommt zu ähnlichen Befunden und identifiziert einen deutlichen Anstieg wirtschaftsfreundlicher Interpretationen wirtschaftspolitischer Ereignisse in den drei Tageszeitungen *FAZ*, *SZ* und *taz* zwischen 1992 und 2011.

Ähnlich zeichnen Smith Ochoa et al. (2019, S. 51) in ihrer Studie über die Ungleichheitsdebatte in *Zeit*, *Welt* und *taz* zwischen 2005 und 2015 die Dominanz wirtschaftsfreundlicher Narrative der „Leistungsgesellschaft“ und der „Kompromissgesellschaft“ gegenüber der systemkritischen Storyline der „Abstiegsgesellschaft“ nach. Eine daran anschließende Analyse der Berichterstattung über wohlhabende Unternehmer in acht Medien zwischen 2014 und 2018 ergibt, dass zum überwiegenden Teil deren große wirtschaftliche Bedeutung für die deutsche Wirtschaft hervorgehoben wird. Nur selten wird thematisiert, dass aufgrund der herausgehobenen politischen und ökonomischen Macht dieser Vermögenden demokratische Prinzipien in Gefahr geraten (Waitkus & Wallaschek, 2022).

Ein weiterer Literaturstrang analysiert die mediale Debatte rund um den Bestseller „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ von Thomas Piketty, welcher sowohl Fragen über die Legitimität großer ökonomischer Ungleichheit aufwirft als auch mögliche demokratische Maßnahmen zur Einhegung eben dieser Ungleichheit vorschlägt. Grisold und Preston (2020) sowie Grisold und Theine (2020) zeichnen nach, dass Nachrichtenmedien in Deutschland und Österreich Pikettys grundlegende These über die rapide wachsende Ungleichheit thematisieren und dies dem gesellschaftlichen Ideal der Leistungsgerechtigkeit entgegenstellen. Gleichzeitig zeigen die beiden Studien sowie weitere Analysen (Bank, 2017; Dammerer et al., 2023; Theine & Grisold, 2022), dass demokratische Maßnahmen zur Eindämmung dieser Ungleichheit eher skeptisch bis stark ablehnend diskutiert wer-

den. Dabei wird Maßnahmen gegen die große ökonomische Ungleichheit der Nutzen abgesprochen, wirtschaftliche Prozesse sinnvoll zu regulieren.

Bei einzelnen wirtschaftspolitischen Fragen, etwa in der Arbeitsmarktpolitik, findet sich jedoch auch Evidenz dafür, dass die Relevanz unternehmernaher Frames in den letzten Jahren eher abgenommen hat (Otto et al. 2020; vgl. Krüger et al., 2021).

Alles in allem deutet dieser Forschungsüberblick aber auf eine aktive Rolle deutscher Medien in der Stabilisierung und Legitimierung wirtschaftsfreundlicher Standpunkte im Rahmen von Ungleichheitsfragen hin.

5. Forschungsfragen

Eine Analyse der Debatte über eine Freigabe der Corona-Impfstoffpatente verspricht Aufschluss darüber, ob (auch) angesichts einer globalen Krise der öffentlichen Gesundheit in führenden Medien zentrale Prinzipien des kapitalistischen Wirtschaftssystems Vorrang vor demokratischen Werten erhalten.

In Anbetracht der zentralen Bedeutung von Patenten im heutigen Kapitalismus sowie der in weiten Teilen wirtschaftsfreundlichen Ausrichtung der deutschen Medien ist eine überwiegend ablehnende Haltung gegenüber der Patentfreigabe zu erwarten. Gleichzeitig offenbart der Forschungsüberblick aber auch teilweise weniger prononcierte Tendenzen. Hinzu kommt, dass sich mit der US-Regierung eine mächtige Institution für die Patentfreigabe aussprach. Deshalb stellen wir folgende offene Forschungsfragen:

FF1: Welche Argumente werden in welchen Medien für oder gegen eine Freigabe der Impfstoffpatente vorgebracht und inwiefern lassen sich diese als kapitalistische oder demokratische Argumentationsweisen einordnen?

Neben der inhaltlichen Ebene interessiert uns auch die stilistische, speziell die Emotionalisierung. Die Bedeutung dieses Stilmittels betonen Rieder und Theine (2019) sowie Theine und Rieder (2019) im Rahmen der Berichterstattung zu Umverteilungsmaßnahmen. Denn eine emotionale Aufladung eines Textes findet in aller Regel nicht zufällig statt, sondern ist ein wichtiger Indikator für dessen ideologische Haltung und damit auch Marker des zugrundeliegenden wirtschaftspolitischen Paradigmas. So weist van Dijk (1991, S. 116) darauf hin, dass „stilistische Entscheidungen eindeutige soziale und ideologische Implikationen haben, da sie oft die Meinungen des Reporters über Nachrichtenakteure und -ereignisse widerspiegeln sowie auf die Eigenschaften der sozialen und kommunikativen Situation hinweisen“ (Übers. d. Aut.). Beides wird dabei oft nicht explizit offengelegt, sondern lässt sich anhand der verwendeten Sprache rekonstruieren. Hieraus ergibt sich die Forschungsfrage:

FF2: In welchem Maße, und von welcher Seite bevorzugt, werden Stilmittel der Emotionalisierung verwendet?

Angesichts der oben dargestellten Relevanz des geistigen Eigentums für das heutige kapitalistische System interessiert uns ferner, inwieweit die Patentfrage in den Medien als Systemfrage diskutiert wurde. Einerseits ist denkbar, dass das Thema

als „Systemsprenger“ erachtet wird und die Printmedien die Behandlung grundlegender Fragen daher entweder eher meiden oder sie die Thematik zum Anlass nehmen, um die Vorzüge des Kapitalismus hervorzuheben. Andererseits wäre es auch möglich, dass in diesem Zusammenhang die Möglichkeit genutzt wird, um Kritik an der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu äußern. Deshalb formulieren wir die folgende Frage:

FF3: Wie häufig und mit welcher Valenz wird das Thema der Impfstoffpatente-Freigabe in einen Zusammenhang mit dem kapitalistischen System gebracht?

6. Methode

Bei der Analyse der medialen Debatte konzentrieren wir uns auf die wichtigsten Printmedien in Deutschland, Österreich und der Deutsch-Schweiz. Wir beschränken uns auf meinungsbetonte Darstellungsformen wie Kommentare, Leitartikel, Kolumnen, Gastbeiträge und Glossen. Zum einen bieten meinungsbetonte Beiträge Redaktionsmitgliedern sowie Gastautorinnen und -autoren eine Plattform, um ihre Haltung zu kontroversen Themen zu äußern (Atanasova & Koteiko, 2017; Hackett & Zhao, 1994; Lee & Lin, 2006; Pfetsch et al., 2004). Im Gegensatz zu Nachrichtenbeiträgen mit den Grundsätzen von Neutralität und Objektivität gilt für Kommentare und verwandte Darstellungsformen, dass sie einen Freiraum für journalistische Meinungskundgabe bieten. Hier ist die „Stimme der Medien“ und die redaktionelle Linie offen vernehmbar (Eilders, 2008; Neidhardt et al., 2004).

Hinzu kommt, dass gerade im Bereich der überregionalen Qualitätspresse Kommentare das „Aushängeschild“ einer Zeitung repräsentieren. Mit diesen hebt sie sich von der Konkurrenz ab, verortet sich im politischen Spektrum der Presselandschaft und spricht ein bestimmtes Publikumssegment an (Eilders, 2008). Letztlich haben Kommentare eine herausragende Funktion „für den Ausdruck und die Bildung der öffentlichen Meinung“ (van Dijk, 1998, Übers. d. Aut.) und ein großes Potenzial, Politik und Öffentlichkeit zu beeinflussen (Day & Golan, 2005; Golan & Munno, 2014; Sommer & Maycroft, 2008). Für den deutschsprachigen Kontext gibt es einige instruktive Analysen, die zeigen, wie Zeitungskommentare genutzt werden, um den öffentlichen Diskurs um Migration, Flucht und Asyl mitzugestalten und teilweise rassistische Positionen zu normalisieren (Bey et al., 2016; Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, 2015; Jäger & Wamper, 2017).

Aus diesen Gründen erstellten wir ein Sample mit allen meinungsbetonnten Beiträgen in den wichtigsten deutschsprachigen überregionalen Tages- und Wochenzeitungen sowie Nachrichtenmagazinen für den Untersuchungszeitraum 5. Mai bis 4. Juni 2021 – die vier Wochen nach der Ankündigung der US-Handelsbeauftragten Katherine Tai, eine Freigabe zu unterstützen. Über die Pressedatenbanken WiSo und NEXIS sowie die Online-Archive von FAZ und SZ wurden alle Kommentare, Leitartikel, Kolumnen, Gastbeiträge, Essays und Glossen herausgesucht, die mindestens eine Aussage zum Thema Impfstoffpatente enthielten. Der verwendete Suchstring lautete: *patent** UND (*covid* ODER *corona*). Wir durchsuchten

folgende 27 Medien (inkl. ihrer Online-Versionen): in Deutschland *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, *Süddeutsche Zeitung*, *Die Welt*, *Tagesspiegel*, *taz*, *Frankfurter Rundschau*, *Der Spiegel*, *Die Zeit*, *stern*, *Focus*, *Bild*, *Handelsblatt*, *Berliner Zeitung*; in Österreich *Der Standard*, *Die Presse*, *Falter*, *Kleine Zeitung*, *Kronen Zeitung*, *Wiener Zeitung*, *Profil*; in der Schweiz *Neue Zürcher Zeitung*, *Neue Zürcher Zeitung am Sonntag*, *Tages-Anzeiger*, *Weltwoche*, *Blick*, *Sonntags-Blick*. Die Erhebung ergab 57 Artikel.

Die Analyse folgte dem induktiv-qualitativen Vorgehen einer „empiriegeleiteten Kategorienbildung“ (Früh, 2007). Neben inhaltlichen Argumenten bezogen wir Stilmittel der Emotionalisierung mit ein, da van Dijk (1991, 1998) betont, diese sei gerade in meinungsbetonten Beiträgen besonders relevant. In unserer Analyse haben wir insbesondere emotionalisierte Adjektive und Nomen sowie Metaphern und Vergleiche berücksichtigt (Johnson-Laird & Oatley, 1989; Thibodeau et al., 2017). Wie oben ausgeführt, sind wir an der grundlegenden ideologischen Verortung (van Dijk, 2009) der Medien bezüglich der Patentfreigabe als „Systemfrage“ interessiert und haben entsprechende Äußerungen zum Spannungsfeld Kapitalismus versus Demokratie ebenfalls codiert. Als positiv gegenüber dem Kapitalismus verstehen wir solche Beiträge, die ihre Position zur Patentfreigabe mit kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Dynamiken auf affirmative Weise verknüpfen, wie z. B. „der Kapitalismus hat überhaupt erst ermöglicht, dass Impfstoffe so schnell produziert werden können“. Demgegenüber verstehen wir Beiträge als kritisch gegenüber dem Kapitalismus, welche die Frage der Patentfreigabe mit Kritik am kapitalistischen System verbinden, wie z. B. „Patente in privater Hand in einer globalen Gesundheitskrise sind ein Ausdruck des zutiefst ungerechten wirtschaftlichen Systems, in welchem wir leben“. Codiert wurden der Meinungstenor (auf Artikelebene), die Sachargumente (pro/contra, Art des Arguments), Stilmittel der Emotionalisierung (jeweils auf Aussagenebene) sowie die Positionierung in der Systemfrage (auf Artikelebene). Die Analyse wurde mithilfe des Codierprogramms MAXQDA durchgeführt.

Die Intercoder-Reliabilität wurde auf Grundlage von knapp 20 % der Artikel (n=10) ermittelt. Die Artikel wurden von drei Codierern unabhängig voneinander auf Artikelebene analysiert. Die Intercoder-Reliabilität beträgt für den Meinungstenor (pro/contra/ambivalent) 1.00, für die Anzahl der Sachargumente (0/1-3/>3) zwischen 0.73 und 0.80, für die Emotionalisierung (ja/nein) 0.74 und für die Systemfrage (pro Kapitalismus/contra Kapitalismus) 0.70 (Krippendorffs alpha).

7. Ergebnisse

7.1 Verteilung der Meinungsartikel und Meinungstenor

Betrachtet man zunächst, wie sich die 57 Meinungsbeiträge über die analysierten Medien verteilen, zeigt sich, dass die Thematik in den deutschen Medien im Schnitt häufiger diskutiert wurde als in den schweizerischen und den österreichischen (Deutschland: 2,9 Artikel pro Medium, Österreich: 1,4, Schweiz: 1,2). Darüber hinaus kann der Tabelle 1 entnommen werden, dass die Qualitätsmedien die

Thematik stärker diskutiert haben als die Boulevardzeitungen (*Bild*, *Kronen-Zeitung*, *Blick*, *Sonntags-Blick*).

Tabelle 1. Anzahl der veröffentlichten Artikel im Untersuchungszeitraum nach Medium

Deutschland	Österreich	Schweiz
FAZ: 5 FAS: 1 Handelsblatt: 5 Die Welt: 4 Focus: 2 Bild: 2 Berliner Zeitung: 0 SZ: 5 Tagesspiegel: 3 taz: 5 FR: 3 Spiegel: 1 Zeit: 2 Stern: 2	Die Presse: 2 Kleine Zeitung: 1 Kronen-Zeitung: 1 Profil: 0 Der Standard: 4 Falter: 2	NZZ: 2 NZZ am Sonntag: 2 Weltwoche: 1 Sonntags-Blick: 1 Blick: 0 Tages-Anzeiger: 1

In Bezug auf den Meinungstenor ist festzustellen, dass sich von den 57 Artikeln 35 (61,4 %) gegen eine Freigabe und 17 (29,8 %) für eine Freigabe positionieren. Fünf (8,8 %) nahmen in der Frage keine eindeutige Position ein. Die Contra-Freigabe-Meinung ist in der öffentlichen Diskussion also doppelt so häufig zu finden wie die Pro-Freigabe-Meinung. Im Einklang mit den Annahmen der Kritischen Politischen Ökonomie der Medien setzt sich also die Mehrheit der deutschen Medien bzw. der Journalistinnen und Journalisten auch in einer globalen Notlage für die Unantastbarkeit des privaten Eigentums ein.

Betrachtet man die Positionierungen der Medien näher, wird erkennbar, dass sich wirtschaftsliberale Blätter wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und das *Handelsblatt* einhellig gegen eine Freigabe der Impfstoffpatente aussprechen. Die Boulevardzeitungen *Bild* und *Kronen-Zeitung* stehen ebenfalls auf der Seite der Ablehnenden. Dagegen zeigt sich die *Süddeutsche Zeitung* als linksliberale Zeitung gespalten: Sowohl ihre linke als auch ihre wirtschaftsliberale Ausrichtung treten in dieser Frage zutage. Dasselbe gilt für die ebenfalls linksliberalen Zeitungen *Die Zeit* und *Der Standard*. Die linken Zeitungen *taz* und *Frankfurter Rundschau* plädieren überwiegend für eine Freigabe der Patente. Es werden somit deutliche Unterschiede in Abhängigkeit von der redaktionellen Linie sichtbar. Ein Fall sticht jedoch heraus: Von der *Welt* als wirtschaftsliberaler Tageszeitung aus dem marktwirtschaftsfreundlichen *Axel Springer*-Verlag wäre, wie auch bei der *FAZ* und dem *Handelsblatt*, eine eindeutige Positionierung gegen eine Freigabe zu erwarten gewesen. Mit zwei Beiträgen contra und zwei Beiträgen pro Patentfreigabe weist sie aber insgesamt eine ambivalente Haltung auf. Dies verdeutlicht, dass eine detailliertere Betrachtung der Argumente notwendig ist, um ein genaueres Bild der Standpunkte zeichnen zu können.

7.2 Sachargumente

Unsere Inhaltsanalyse ergab insgesamt 266 Sachargumente, von denen 82 der Pro- und 184 der Contra-Freigabe-Seite zugeordnet werden können (Tabelle 2). Im Folgenden diskutieren wir für jede Seite jeweils die vier häufigsten Argumentkategorien.

Tabelle 2. Übersicht der Argumentkategorien für/gegen die Patentfreigabe

Sachargumente gegen die Patentfreigabe	Anzahl
Warnung vor negativen Folgen der Freigabe	53
Freigabe löst nicht das Problem des Impfstoffmangels	52
Alternativvorschläge zur Patentfreigabe	38
Patente als zentrales Prinzip der Marktwirtschaft	18
Patente sind im Sinne der Allgemeinheit	9
Freigabe institutionell schwer umsetzbar	6
Weitere	8
Sachargumente für die Patentfreigabe	
Patentfreigabe ist wirtschaftlich sinnvoll	34
Patente sind kein rechtmäßiges geistiges Eigentum	13
Moralisches Argument: Patente töten	12
Patentfreigabe ist im allgemeinen Interesse	8
Andere Maßnahmen reichen nicht aus	6
Weitere	9

7.2.1 Sachargumente gegen die Patentfreigabe

Das häufigste Argument gegen eine Freigabe, welches insgesamt 53-mal im Korpus vorkommt, ist der Hinweis darauf, dass ein solcher Schritt negative, wenn nicht gar dramatische Konsequenzen hätte. Oftmals wird der Eindruck vermittelt, dass eine Freigabe zukünftige medizinische Forschung verhindern würde. Denn um Forschung weiterhin zu ermöglichen und sicherzustellen, brauche es die Patente, welche die Rechte der Pharmakonzerne absichern:

Es wird also Updates der Impfstoffe geben müssen. Welche privatwirtschaftliche Firma sollte daran noch Interesse haben, wenn die Patente dahinter nichts mehr wert sind und Arbeit gar nicht lohnt? (Die Welt, 7. Mai 2021, „Freie Patente, ein Irrtum“)

Im nächsten Zitat aus der *Bild* wird dieses Argument noch zugespitzt, indem nicht nur vor fehlenden zukünftigen Anreizen gewarnt wird, sondern die Impfstoffpa-

tente explizit als Eigentum der Firmen beschrieben werden. Eine Freigabe der Patente wäre dieser Logik zufolge dann Diebstahl:

Nicht Politiker oder Regierungen haben Impfwunder vollbracht, sondern private Unternehmen und Forscher wie unsere BionTech-Helden aus Mainz, Ugur Şahin und Özlem Türeci. Und ihnen soll nun als Dank das Patent gestohlen werden? Das ist schäbig und kurzsichtig! (...) Wer das fordert, verhindert so künftige Forschung. (Bild, 8.5.2021, „Diebstahl als Dank“)

Das zweithäufigste Argument, welches insgesamt 52-mal im Korpus vorkommt, lautet, dass eine Freigabe der Patente das Problem des Impfstoffmangels nicht lösen könne. Oftmals wurde in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass anderen Ländern die Voraussetzungen für die Herstellung von Impfstoffen fehlen, z. B. in der *Süddeutschen Zeitung*:

Impfstoffproduktion ist so komplex, dass die Vorstellung weltfremd ist, man könnte hier mal eben schnell Wissen abziehen und dort eine neue Produktion hochziehen. Das mag bei Schrauben und Dosen gehen, aber sicher nicht in diesem sehr speziellen Bereich der Medizin, in dem um den Impfhersteller herum ein hochkomplexes Netz von Firmen gruppiert sein muss, die zuarbeiten. (SZ, 7.5.2021, „Da ist Biden nicht patent“)

Die Impfstoffproduktion wird im Vergleich zur Produktion von „Schrauben und Dosen“ als besonders komplex und spezialisiert beschrieben. Es ergibt sich also das Bild, dass diese spezialisierte Art der Produktion im Globalen Süden schlichtweg nicht möglich ist. Die teils implizite und teils explizite Herabsetzung der technologischen und wirtschaftlichen Fähigkeiten des Globalen Südens in dieser Argumentkategorie bringt ein koloniales Denken zum Vorschein, welches es den Ländern abspricht, selbständig Impfstoffe produzieren zu können. Dies ist insofern vorurteilsbeladen, als beispielsweise Länder wie Indien oder Brasilien über eine große Pharmaindustrie verfügen, was es keinesfalls absurd erscheinen lässt, hier auch Impfstoffe zu produzieren.

38-mal und damit am dritthäufigsten wurde argumentiert, dass andere Lösungen deutlich besser funktionieren würden, insbesondere das Teilen von Impfstoff z. B. über die Covax-Initiative², wie das folgende Beispiel illustriert:

Drittens sollten Industrienationen durch Mehrfachbestellungen entstehende, absehbare Lieferüberschüsse umgehend den Schwellen- und Entwicklungsländern zur Verfügung stellen, die derzeit besonders schwer von der Pandemie getroffen werden. Hierbei sollten die Beiträge zur COVAX-Initiative der Weltgesundheitsorganisation noch weiter erhöht werden, um einen fairen Zugang zu Impfstoffen global zu ermöglichen. (FAZ, 2.6.2021, „Erfindergeist belohnen“)

2 Die Covax-Initiative war ein globales Projekt, das während der Pandemie ins Leben gerufen wurde, um sicherzustellen, dass insbesondere einkommensschwächere Länder verstärkt Zugang zu Corona-Impfstoffen erhalten. Sie bildete eine Art weltweite Einkaufsgemeinschaft, die es Ländern ermöglichte, gemeinsam Impfstoffe zu kaufen und diese gerecht zu verteilen – unabhängig davon, wie reich oder arm ein Land war (WTO, o. D.).

Dies kann man auch als Ablenkungsmanöver lesen: Bevor man dem Globalen Süden die Produktionsmittel für die eigenständige Herstellung der Vakzine an die Hand gibt, lässt man ihm lieber noch Teile des Kontingents zukommen.

Am vierthäufigsten und insgesamt 18-mal wurde argumentiert, dass Patente ein grundlegendes Prinzip der kapitalistischen Marktwirtschaft darstellen und deshalb keinesfalls angetastet werden dürfen:

Die Pharmabranche hat in der Gesundheitskrise Enormes geleistet. Dass in so kurzer Zeit eine Vielzahl an wirksamen Impfstoffen auf den Markt gebracht werden konnte, war vor einem Jahr noch bezweifelt worden. Die Produktion von Impfstoffen gilt dabei allgemein als wenig lukrativ, kapitalintensiv und risikoreich. Der Patentschutz hat mitgeholfen, viel Kapital in die Entwicklung und in die Produktion zu lenken. (Neue Zürcher Zeitung, 7.5.2021, „Aufhebung des Patentschutzes ist eine Scheinlösung“)

Dies erweist sich jedenfalls für die Corona-Impfstoffe nicht als ganz richtig, da diese mit großen finanziellen Hilfen durch Nationalstaaten in Kooperation mit staatlichen Forschungseinrichtungen entwickelt wurden.

7.2.2 Sachargumente für die Patentfreigabe

Das mit Abstand häufigste Argument für eine Patentfreigabe kommt 34-mal vor und lautet, dass eine Patentfreigabe ökonomisch sinnvoll sei. In diesem Zusammenhang wird zum Beispiel darauf verwiesen, dass eine Freigabe die wirtschaftliche Konkurrenz ankurbeln würde, was positive Effekte für den Markt und die Impfstoffentwicklung hätte. Im Gegensatz zum häufigsten Argument gegen die Patentfreigabe wird hier also argumentiert, dass Patente Innovation nicht sicherstellen, sondern eigentlich verhindern:

Bislang sind oft komplizierte Übereinkommen zwischen Nutzern und Inhabern von Patenten notwendig, damit Nutzer patentgeschützte Produkte und Prozesse bei der eigenen Forschung zur Neuentwicklung von Impfstoffen verwenden können. Durch eine Freigabe der Patente für Forschungszwecke würden die Kosten für die weitere Forschung gesenkt – und so der Wettlauf um verbesserte oder modifizierte Impfstoffe gefördert. (Handelsblatt, 21.5.2021, „Die Crux mit dem Patentschutz“)

Das häufigste Argument für eine Freigabe ist somit nicht etwa ein solidarisches, sondern es zielt, wie auch die Gegenseite, auf die Wirtschaftlichkeit von Patenten ab. Dies unterstreicht auch noch einmal die Vermutung, dass der plötzlichen Positionierung der US-Regierung für eine Freigabe in erster Linie wirtschaftliche Erwägungen zugrunde lagen.

13-mal und damit am zweithäufigsten kam das Argument vor, dass die Patente gar nicht das rechtmäßige Privateigentum der Pharmaunternehmen seien, da sie mithilfe von staatlichen Zuschüssen entwickelt wurden und häufig auf jahrelanger Grundlagenforschung an öffentlichen Instituten und Universitäten basieren. Aus diesem Grund wäre eine Freigabe legitim, wie auch folgendes Beispiel illustriert:

Wohl haben Regierungen, die der Pharmaindustrie mit viel Geld zur Pandemiebekämpfung geholfen haben, auch ein Recht zu allfälliger Aufhebung von Patentschutz. (Kronen Zeitung, 9.5.2021, „Freie Patente kein Wundermittel“)

Hierbei werden Privateigentum bzw. Patente also nicht grundsätzlich in Frage gestellt, sondern die Rechtmäßigkeit wird speziell in diesem Fall der Kooperation angezweifelt.

Das am dritthäufigsten angeführte Argument, welches sich zwölfmal im Korpus findet, ist ein ethisch-moralisches. Hier weisen die jeweiligen Autoren darauf hin, dass Impfstoffpatente durch die Privatisierung von öffentlich dringend notwendigem Wissen als strukturelle Gewalt wirken und im wahrsten Sinne des Wortes „töten“. Eine Freigabe in der aktuellen pandemischen Notlage sei dementsprechend aus solidarischen Gründen geboten:

Sauerstoff und Impfstoff gehören nicht in Privateigentum. Denn während die deutsche Planwirtschaft in der nächsten Woche die Biergärten öffnet, erstickten in Indien die Kranken. (taz, 8.5.2021, „Die Nebenwirkungen der Pandemie“)

Das vierthäufigste (achtmal verwendete) Argument lautet, dass eine Freigabe im allgemeinen Interesse sei. Hier wird auf die langfristige Sinnhaftigkeit der Patentfreigabe verwiesen, wie das folgende Zitat beispielhaft darstellt:

Während es nachvollziehbar ist, dass jede Regierung die eigene Bevölkerung durchimpfen möchte, ist diese Kurzsichtigkeit in einer Pandemie schlicht nicht nachhaltig. (Der Standard, 14.5.2021, „Patentrechte aussetzen statt Almosen verteilen“)

Auffallend ist insgesamt, dass das ethisch-moralische Argument trotz der humanitären Notlage mit zwölf Nennungen vergleichsweise selten vorgebracht wird, ebenso das Argument, eine Freigabe sei im allgemeinen Interesse. Fast dreimal so oft wie das ethisch-moralische Argument wird dagegen der wirtschaftliche Nutzen einer Freigabe herausgestellt. Auch auf der Pro-Seite spielen demnach ökonomische Erwägungen eine deutlich gewichtigere Rolle als demokratische Werte wie Solidarität. Ungefähr gleich häufig wie das ethisch-moralische Argument wird gefordert, die Impfstoffpatente freizugeben, weil es sich hier wegen der staatlichen Förderung um kein rechtmäßig erworbenes privates Eigentum handele. In diesem Zusammenhang wird also nicht generell das Prinzip Privateigentum angezweifelt, sondern die Forderung nach einer Patentfreigabe mit dem Hinweis auf die speziell hier bestehende Unrechtmäßigkeit versehen.

Es kann folglich resümiert werden, dass der Pro-Diskurs keineswegs einen von Solidarität und Gemeinwohl geprägten Gegendiskurs zum kapitalistischen Diskurs darstellt. Auch hier dominieren das eigene wirtschaftliche Interesse und die Ideologie der Unantastbarkeit des Privateigentums. Die These, dass die Medien das herrschende kapitalistische System überwiegend stützen, bestätigt sich somit auch hinsichtlich der Gegenrede.

7.3 Emotionalisierung

Neben der sachlichen Dimension interessierte uns auf der stilistischen Ebene, inwiefern Emotionalisierung eingesetzt wurde, um die jeweilige Argumentation zu stützen. Emotionalisierung wurde in Zusammenhang mit einer Argumentation für oder gegen die Freigabe der Impfstoffpatente erfasst. Sie ist durch die Verwendung von sprachlichen Ausdrucksmitteln definiert, die geeignet sind, Emotionen wie Freude, Wut, Angst o. ä. zu evozieren.

Emotionalisierung konnte insgesamt 41-mal in Zusammenhang mit einer Argumentation gegen die Patentfreigabe und zwölfmal in Zusammenhang mit einer Argumentation für die Patentfreigabe identifiziert werden. Elfmal war der Bezug keiner Seite zuzuordnen. Eine Emotionalisierung trat demnach deutlich häufiger in der ablehnenden Argumentation als in der befürwortenden Argumentation auf. Auch wenn man die Häufigkeiten zum allgemeinen Meinungstenor (ca. 2:1) in Relation setzt, zeigt sich ein deutliches Übergewicht auf der ablehnenden Seite – hier findet Emotionalisierung ungefähr doppelt so häufig statt.

Insbesondere die Boulevardzeitungen greifen bevorzugt auf entsprechende Stilmittel zurück. Beispielsweise wird in einem Kommentar in der *Bild* vom 8. Mai 2021 die Impfstofffreigabebedebatte aufgegriffen, welcher den vielsagenden Titel „Diebstahl als Dank“ trägt. Eine mögliche Patentfreigabe wird mit Diebstahl und Raub gleichgesetzt, was „schäbig und kurzsichtig“ sei. Demgegenüber werden die Wissenschaftler und Unternehmer, welche am „Impfwunder“ in Deutschland beteiligt waren, als „BionTech-Helden aus Mainz“ stilisiert.

Aber auch jenseits des Boulevards nutzt die Contra-Seite emotionalisierte Sprache häufiger. Die Forderung nach der Patentfreigabe wird als „ideologisch getriebene Spiegelfechterei“ bezeichnet (*Zeit*, 13.5.2021, „Die Sozialisierung geistigen Eigentums ist eine Lose-lose-Situation“), als „Nebelpetarde“ (*NZZ*, 28.05.2021, „Leben oder Profit? Ein falsches Dilemma“) oder „Sackgasse“ (*Der Standard*, 17.5.2021, „Die Aussetzung von Impfstoffpatenten ist eine Sackgasse“). Wiederkehrend finden sich polemische Vergleiche, welche die Forderung der Impfstofffreigabe ins Lächerliche ziehen. So schreibt ein Autor in der *Süddeutschen Zeitung* am 5.5.2021, bei der Freigabe der Impfstoffpatente verhalte es sich „nicht wie mit Großmutters Donauwelle, deren Rezept nur bei Chefkoch.de hochgeladen werden muss, damit alle Welt sie nachbacken kann“. Ein Kommentar in der *Presse* geht noch weiter und vergleicht die Patentfreigabe mit der Hexenverbrennung im Mittelalter: „Verbrennen wir doch die Wissenschaftler, die innovative Corona-Impfstoffe entwickelt haben, samt ihren Patenten auf dem Scheiterhafen“ (*Die Presse*, 4.6.2021, „Bitte Wohlstand für alle statt glücklich sein mit weniger“).

Ein Erklärungsansatz hierfür wäre, dass angesichts schwer zu entkräfender Argumente für eine Freigabe, wie ein schnelleres Ende der Pandemie oder Solidarität in Krisenzeiten, ganz besonders auf Verschleierungsstrategien – in diesem Fall emotionalisierende Sprache – zurückgegriffen werden muss, um die Menschen vom Gegenteil zu überzeugen und das Interesse einer vermögenden Minderheit zu schützen.

7.4 Systemfrage

Da wir die Patentfrage als Systemfrage konzeptualisieren, ist darüber hinaus von Interesse, ob sich diese Auffassung auch in den Medien widerspiegelt. In 16 Artikeln (28 % der Beiträge) wurde die Debatte um die Patente in einen Zusammenhang mit dem Wirtschaftssystem gesetzt. Davon wurde in nur vier Artikeln Kritik an der kapitalistischen Marktwirtschaft geübt, in zwölf hingegen wurde diese in ein positives Licht gerückt. Dies lässt erkennen, dass die Patentfrage erstens nicht selten vor dem Hintergrund der kapitalistischen Produktionsweise diskutiert wurde und dass zweitens – im Einklang mit den Thesen der Kritischen Politischen Ökonomie der Medien – eine große Mehrheit jener Beiträge das Wirtschaftssystem stützt.

Anhand ihrer Positionierung zum Kapitalismus lassen sich die Zeitungen auch nachvollziehbar im politischen Spektrum verorten. Die *taz*, *FR* und *SZ* üben eher Kritik an der kapitalistischen Produktionsweise der Impfstoffe und ihrer Patentierung. So werden im folgenden Beispiel die hohen Preise und die Gewinnorientierung bei der Medikamenten- und Impfstoffherstellung kritisiert und in ihren wirtschaftlichen Systemzusammenhang gesetzt:

Auch die USA wollen die Produktion von Impfstoffen jetzt freigeben. Wo bleibt der Neoliberalismus? Wenn ein Laden überhöhte Preise aufruft, sagt der Volksmund: „Das ist eine Apotheke.“ Darin steckt sicher kein persönlicher Vorwurf gegen Apothekerinnen und Apotheker, sondern es geht ums System: Medikamente sind teuer in unseren Breiten, und wer sie herstellt, hat schönste Gewinnaussichten. Gesundheit als Treibstoff kapitalistischer Profitmaximierung. (Frankfurter Rundschau, 7.5.2021, „Patente Ideen“)

Im Gegensatz dazu wird in den Zeitungen *Die Zeit*, *FAS*, *FAZ*, *Die Welt* und *NZZ* die kapitalistische Produktionsweise positiv beurteilt und, wie in folgendem Beispiel, als zentrale Triebfeder für die schnelle Impfstoffentwicklung gesehen:

Bei einer Erdbevölkerung von nicht ganz acht Milliarden Menschen bedeutet das: In sechs Monaten – bis Jahresende, also binnen zwei Jahren nach dem Ausbruch in Wuhan – könnte, wenn das jetzige Produktionstempo beibehalten wird, jeder Mensch, der den Impfstoff will, ihn auch erhalten. Ein Wunder der Wissenschaft, der Technik, der Industrie und – horribile dictu – des Kapitalismus. (Zeit, 13.5.2021, „Die Sozialisierung geistigen Eigentums ist eine Lose-lose-Situation“)

Ein weiteres Beispiel, in dem die positive Dynamik kapitalistischen Wirtschaftens hervorgehoben wird, weist demokratischen Regulierungen einen eindeutigen Platz zu. Nach Meinung des Autors sei es legitim, Steuern auf erwirtschaftete Gewinne zu erheben, wohingegen die Einschränkung geistigen Eigentums außerhalb der demokratischen Regulierung liegen sollte:

Das Gewinnstreben privater Firmen bleibt der Motor des Fortschritts. Der Staat soll sich über das allgemeine Steuerwesen an den privaten Erfolgen

beteiligen – nicht aber, in dem er geistiges Eigentum sozialisiert. (Die Welt, 12.5.2021, „Patente schützen Monopole – und das ist unverzichtbar“)

Die Impfstoffpatente-Thematik wird demnach nicht nur in unserer Studie als Systemfrage eingeordnet, sondern auch in den Medien zumindest teilweise als solche diskutiert, was die gesellschaftliche Relevanz der Streitfrage noch einmal unterstreicht. Übereinstimmend mit den Analysen der Kritischen Politischen Ökonomie wird dabei überwiegend Zuspruch zum Kapitalismus sichtbar.

8. Diskussion und Fazit

Die vorliegende Analyse hatte zum Ziel, eine etwaige Stabilisierungsfunktion der Nachrichtenmedien im demokratischen Kapitalismus zu untersuchen. Als Fallbeispiel wurde die Debatte über die Freigabe von Impfstoffpatenten gewählt, da sich diese um ein Kernelement des gegenwärtigen Kapitalismus – geistiges Eigentum – drehte.

Den theoretischen Ausgangspunkt bildete die Kritische Politische Ökonomie der Medien, welche den Massenmedien aufgrund ihrer Integration in den politökonomischen Zusammenhang systemstabilisierende Funktionen zuschreibt. Wir knüpften an die herrschaftsstabilisierende Funktion nach Holzer an, indem wir den allgemeinen Meinungstenor in der Streitfrage sowie die im Detail angeführten Argumente analysierten. Außerdem wurde erhoben, in welchem Maße Emotionalisierung zum Tragen kam und ob die Thematik in der öffentlichen Debatte als Systemfrage diskutiert wurde.

Die Untersuchung ergab, dass die deutschsprachige Presse weitgehend die Position vertrat, die Patente nicht freizugeben. Gleichzeitig wurden in unserer Studie auch deutliche Unterschiede zwischen den Presseorganen in Abhängigkeit von ihrer redaktionellen Linie erkennbar. Wie zu erwarten, positionierten sich die konservativen Medien eher gegen die Freigabe, progressive Medien eher dafür.

Auf der Contra-Seite entsprachen die Argumente überwiegend der angenommenen kapitalismusstabilisierenden Funktion, da hier unter Rückgriff auf diverse Begründungen argumentiert wurde, dass das geistige Eigentum in Gestalt von Impfstoffpatenten nicht angetastet werden dürfe oder könne. Etwas überraschend dominierte kapitalismusfreundliches Denken auch auf der Pro-Seite, denn die Argumente, welche für eine Freigabe angeführt wurden, beriefen sich zu einem großen Teil auf den angenommenen wirtschaftlichen Nutzen. Die Analyse kann also herausstellen, dass kapitalistische Profitorientierung den Diskurs prägte und kaum ein Gegendiskurs existierte, welcher wesentlich davon abwich. Obwohl es sich um eine weltweite Krise der öffentlichen Gesundheit handelte, wurde im deutschsprachigen Journalismus weitgehend wirtschaftlich argumentiert und demokratische Werte wie Gemeinwohl und Solidarität nur selten über Profit gestellt.

Ferner kamen bei der Argumentation gegen eine Freigabe deutlich häufiger (ca. doppelt so oft) Stilmittel der Emotionalisierung zum Einsatz. Dies kann zum einen damit erklärt werden, dass sich die untersuchten Boulevardmedien, bei denen Emotionalisierung zum Standardrepertoire gehört, stark gegen eine Freigabe positionierten. Zum anderen kann dieser Befund als der bewusste oder unbewusste

Versuch interpretiert werden, die Menschen nicht nur mit Sachargumenten, sondern auch mit anderen rhetorischen Mitteln von der Schädlichkeit einer Patentfreigabe zu überzeugen und davon, dass die Patente trotz der globalen Notlage in den Händen privater Eigentümerinnen und Eigentümer und zu deren alleiniger Verfügung verbleiben sollten.

Des Weiteren konnten wir zeigen, dass die Impfstoffpatente-Frage in gut einem Viertel der Artikel im Zusammenhang mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem diskutiert wurde, was verdeutlicht, dass das Thema nicht nur in unserer Studie, sondern auch in der Öffentlichkeit nicht selten im Kontext der Systemfrage betrachtet wurde. Darüber hinaus deutet die Einbettung der Thematik in einen vorzugsweise pro-kapitalistischen Kontext abermals auf eine die kapitalistische Ordnung stabilisierende Funktion der Medien hin.

Wie vergleichbare Studien bleibt die vorliegende Inhaltsanalyse aber in ihrer Aussagekraft beschränkt. So wurde ein eng begrenzter Zeitraum untersucht, in dem sich die Debatte konzentrierte; es ist denkbar, dass sich Argumentationen im späteren Verlauf in eine andere Richtung entwickelt haben, was aber unwahrscheinlich ist.

Darüber hinaus kann die Inhaltsanalyse keinen Aufschluss über die konkreten Ursachen der starken Verbreitung kapitalismusfreundlicher Argumentationsmuster bieten. Es bleibt offen, ob diese den ideologischen Standpunkten der einzelnen Journalistinnen und Journalisten entstammen, sie (auch) das Ergebnis der Orientierung an Kolleginnen und Kollegen, Politik, Wirtschaft oder Expertinnen und Experten sind und/oder ob gezielte Einflussnahmen von außen oder auch von den jeweiligen Medieneigentümerinnen und -eigentümern dazu beigetragen haben (vgl. Eberl, 2020, S. 3–5; Hoffmann, 2023, S. 7). Die Frage, welche Aspekte in welchem Umfang ursächlich sind, bildet ein interessantes, wenn auch schwer operationalisierbares Forschungsfeld für künftige Analysen. Die theoretischen Überlegungen der politischen Ökonomie können dabei einen hilfreichen Anknüpfungspunkt bieten.

Ferner ist auf Grundlage unserer Daten nicht auf Medienwirkungen zu schließen. So kann nicht gefolgert werden, dass die Rezipientinnen und Rezipienten, die in den untersuchten Medien verbreiteten Standpunkte übernehmen. Über die Bedeutung der Debatte sowohl für die politischen Entscheidungen als auch für deren Legitimation vor den Bürgerinnen und Bürgern lässt sich also nur mutmaßen. Das Ausbleiben von öffentlichen Protesten für eine Freigabe der Impfpatente spricht aber für die Wirksamkeit der Legitimations- und Verschleierungsfunktion der Medien im Kapitalismus.

Alles in allem lässt sich die These der Kritischen Politischen Ökonomie der Medien, dass die Massenmedien durch die Verbreitung von Argumenten und Meinungen das kapitalistische System stützen, für den hier untersuchten Fall schlussendlich weitgehend bestätigen. Das Erfüllen einer herrschaftssichernden Funktion geht dabei zulasten ihrer demokratischen Aufgabe, sich für das Gemeinwohl stark zu machen. Inwiefern dieser Befund auf weitere öffentlich ausgehandelte Streitfragen übertragen werden kann und welche konkreten Ursachen jeweils hinter dieser Schlagseite stecken, müssen künftige Studien klären.

Danksagung

Wir danken den anonymen Reviewer/innen für ihre ausgesprochen konstruktiven und hilfreichen Kommentare zu einer früheren Fassung des Texts.

Die Befunde der Studie wurden auf der Tagung „Eigentum, Medien, Öffentlichkeit“ des Netzwerks Kritische Kommunikationswissenschaft (KriKoWi) vor gestellt; wir bedanken uns auch für anregende Kommentare im Rahmen dieses Vortrags.

Literatur

- Aryeetey, E., Engebretsen, E., Gornitzka, Å., Maassen, P., & Stølen, S. (2021). A step backwards in the fight against global vaccine inequities. *The Lancet*, 397(10268), 23–24. [https://doi.org/10.1016/s0140-6736\(20\)32596-4](https://doi.org/10.1016/s0140-6736(20)32596-4)
- Atanasova, D., & Koteyko, N. (2017). Metaphors in online editorials and op-eds about climate change, 2006-2013: A study of Germany, the United Kingdom, and the United States. In D. Atanasova & N. Koteyko (Hrsg.), *The role of language in the climate change debate* (S. 71–89). Routledge.
- Baby, S., & Adaina, K. C. (2022). Examining the impact of TRIPS Agreement on innovation: A review and research agenda. *Journal of Interdisciplinary Economics*, 1–26. <https://doi.org/10.1177/02601079221111026>
- Bambra, C., Riordan, R., Ford, J., & Matthews, F. (2020). The COVID-19 pandemic and health inequalities. *Journal of Epidemiology and Community Health*, 74, 964–968. <https://doi.org/10.1136/jech-2020-214401>
- Bank, J. (2017). Economic inequality in German quality press: Framing concerns about inequality and redistribution. *International Journal of Communication*, 11(2017), 4370–4395.
- Bey, P., Haarfeldt, M., Richter, J., & Wamper, R. (2016). Pegida im Spiegel der Medien. Vom „bürgerlichen Protest“ zur „Bedrohung von rechts“ [Pegida in the mirror of the media. From „civic protest“ to „threat from the right“]. *Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung*. <https://www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2016/12/DISSERTATION-Pegida-im-Spiegel-der-Medien-2016.pdf>
- Benavides, X. (2023). Inequitable by design: The law and politics of global COVID-19 vaccine access – and a way out. *University of Michigan Journal of Law Reform*, 56(2). <https://dx.doi.org/10.2139/ssrn.4104649>
- Cameroni, E., Saliba, C., Bowen, J. E., Rosen, L. E., Culap K., Pinto, D., Marco, A. D., Zepeda, S. K., di Iulio, J., Zatta, F., Kaiser, H., Noack, J., Farhat, N., Czudnochowski, N., Havenar-Daughton, C., Sprouse, K. R., Dillen, J. R., Powell, A. E., Chen, A., ... Corti, D. (2021). Broadly neutralizing antibodies overcome SARS-CoV-2 Omicron antigenic shift. *Nature*, 602(2022), 664–670. <https://doi.org/10.1038/s41586-021-04386-2>
- Caruso, L. (2016). The “knowledge-based economy” and the relationship between the economy and society in contemporary capitalism. *European Journal of Social Theory*, 19(3), 409–430. <https://doi.org/10.1177/1368431015611297>
- Dammerer, Q., Hubmann, G., & Theine, H. (2023). Wealth taxation in the Austrian press from 2005 to 2020: A critical political economy analysis. *Cambridge Journal of Economics*, 47(3), 633–666. <https://doi.org/10.1093/cje/bead011>
- Day, A., & Golan, G. (2005). Source and content diversity in op-ed pages: Assessing editorial strategies in The New York Times and The Washington Post. *Journalism Studies*, 6(1), 61–71. <https://doi.org/10.1080/1461670052000328212>

- Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (Hrsg.) (2015). *Die Migration aus Südosteuropa in lokalen Medien in Duisburg 2014* [Migration from south-east Europe in local media in Duisburg 2014]. <https://www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2015/07/DIIS-Migration-Suedosteuropa-Medien-Duisburg-2014.pdf>
- Eberl, J.-M. (2020). Medienbias [Media bias]. In I. Borucki, K. Kleinen-von Königslöw, S. Marschall & T. Zerback (Hrsg.), *Handbuch Politische Kommunikation*. Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-26242-6_32-1
- Eilders, C. (2008). Massenmedien als Produzenten öffentlicher Meinungen – Pressekommentare als Manifestation der politischen Akteursrolle [Mass media as producers of public opinion – press commentaries as a manifestation of the political actor's role]. In B. Pfetsch & S. Adam (Hrsg.), *Massenmedien als politische Akteure* (S. 27–51). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-90843-4_2
- Früh, W. (2007). *Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis* (6. Aufl.) [Content analysis. Theory and practice]. UVK.
- Fuchs, C. (2017). Die Kritik der Politischen Ökonomie der Medien/Kommunikation: ein hochaktueller Ansatz [The critique of the political economy of media/communication: A highly topical approach]. *Publizistik*, 62(3), 255–272. <https://doi.org/10.1007/s11616-017-0341-9>
- Golan, G. J., & Munno, G. (2014). Few Latin American items appear on editorial pages. *Newspaper Research Journal*, 35(1), 20–35. <https://doi.org/10.1177/073953291403500103>
- Golding, P., & Murdock, G. (2000). Culture, communications and political economy. In J. Curran & M. Gurevitch (Hrsg.), *Mass media and society* (3. Aufl.) (S. 70–92). Arnold.
- Grisold, A., & Preston, P. (Hrsg.). (2020). *Economic inequality and news media: Discourse, power, and redistribution*. Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oso/9780190053901.001.0001>
- Grisold, A., & Theine, H. (2020). “Now, what exactly is the problem?” Media coverage of economic inequalities and redistribution policies: The Piketty case. *Journal of Economic Issues*, 54(4), 1071–1094. <https://doi.org/10.1080/00213624.2020.1829905>
- Hackett, R. A., & Zhao, Y. Z. (1994). Challenging a master narrative: Peace protest and opinion editorial discourse in the United-States press during the Gulf War. *Discourse & Society*, 5(4), 509–541. <https://doi.org/10.1177/0957926594005004005>
- Herman, E. S., & Chomsky, N. (2023). *Die Konsensfabrik. Die politische Ökonomie der Massenmedien* [The consensus factory. The political economy of the mass media]. Westend.
- Hoffmann, C. P. (2023). *Einseitigkeit oder Perspektivenvielfalt im Journalismus? Media Bias – Ursachen, Wirkung und Herausforderungen* [One-sidedness or diversity of perspectives in journalism? Media bias – causes, effects and challenges]. Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Holzer, H. (1994). *Medienkommunikation. Eine Einführung* [Media communication. An introduction]. Westdeutscher Verlag.
- Iacobucci, G. (2021). COVID-19: How will a waiver on vaccine patents affect global supply? *BMJ: British Medical Journal*, 373(2021). <https://doi.org/10.1136/bmj.n1182>
- Jäger, M., & Wamper, R. (2017). Von der Willkommenskultur zur Notstandsstimmung. Der Fluchtdiskurs in deutschen Medien 2015 und 2016 [From welcome culture to emergency mood. The refugee discourse in the German media in 2015 and 2016]. *Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung*. <https://www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2017/02/DIIS-2017-Von-der-Willkommenskultur-zur-Notstandsstimmung.pdf>
- Johnson-Laird, P. N., & Oatley, K. (1989). The language of emotions: An analysis of a semantic field. *Cognition and Emotion*, 3(2), 81–123. <https://doi.org/10.1080/02699938908408075>
- Knoche, M. (2001). Kapitalisierung der Medienindustrie aus politökonomischer Perspektive [Capitalisation of the media industry from a political economy perspective]. *M&K Me*

- dien & Kommunikationswissenschaft*, 2(49), 177–194. <https://dx.doi.org/10.5771/1615-634x-2001-2-177>
- Knoche, M. (2002). Kommunikationswissenschaftliche Medienökonomie als Kritik der Politischen Ökonomie der Medien [Communication science media economics as a critique of the political economy of the media]. In G. Siegert (Hrsg.), *Medienökonomie in der Kommunikationswissenschaft. Bedeutung, Grundfragen und Entwicklungsperspektiven. Manfred Knoche zum 60. Geburtstag* (S. 101–109). Lit.
- Knoche, M. (2005). Medienökonomische Theorie und Ideologie im Kapitalismus [Media economic theory and ideology in capitalism]. In C.-M. Ridder, W. R. Langenbacher, U. Saxon & C. Steininger (Hrsg.), *Bausteine einer Theorie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Festschrift für Marie Luise Kiefer* (S. 406–435). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kocka, J., & Merkel, W. (2015). Kapitalismus und Demokratie. Kapitalismus ist nicht demokratisch und Demokratie nicht kapitalistisch [Capitalism and democracy. Capitalism is not democratic and democracy is not capitalist]. In W. Merkel (Hrsg.), *Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie* (S. 307–337). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-05945-3_11
- Krüger, U., Pötzsch, H., & Theine, H. (2021). Wie neoliberal sind die Medien? [How neoliberal are the media?]. In C. Hoffmann & S. Ruf-Mohl (Hrsg.), *Zerreißprobe. Leitmedien, Liberalismus und Liberalität* (S. 113–125). Halem.
- Lagman, J. D. N. (2021). Vaccine nationalism: A predicament in ending the COVID-19 pandemic. *Journal of Public Health*, 43(2), e375–e376. <https://doi.org/10.1093/pubmed/fdab088>
- Lee, F. L. F., & Lin, A. M. Y. (2006). Newspaper editorial discourse and the politics of self-censorship in Hong Kong. *Discourse & Society*, 17(3), 331–358. <https://www.jstor.org/stable/42889054>
- Lobigs, F. (2017). Fuchs trifft Marx – oder: Die große Frage nach der Totalität [Fuchs meets Marx – or: The big question of totality]. *Publizistik*, 62(4), 393–399. <https://doi.org/10.1007/s11616-017-0377-x>
- McChesney, R. W. (2008). *The political economy of media. Enduring issues, emerging dilemmas*. Monthly Review Press.
- Mosco, V. (2009). *The political economy of communication* (2. Aufl.). Sage.
- Moulier Boutang, Y. (2012). *Cognitive capitalism*. Polity Press.
- Neidhardt, F., Eilders, C., & Pfetsch, B. (2004). Einleitung: Die „Stimme der Medien“ – Pressekommentare als Gegenstand der Öffentlichkeitsforschung [Introduction: The „voice of the media“ – press commentaries as an object of public relations research]. In C. Eilders, F. Neidhardt & B. Pfetsch (Hrsg.), *Die Stimme der Medien. Pressekommentare und politische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik* (S. 11–36). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-322-80557-7_2
- Otto, K., Teschendorf, V. S., Kowalczyk, P., Möller, V., & Kruß, M. (2020). *Wirtschaftspolitische Paradigmen als Deutungsmuster im öffentlichen Diskurs über Arbeitsmarktpolitik. Eine Analyse der deutschen Arbeitsmarktpolitik 1997 bis 2017* [Economic policy paradigms as patterns of interpretation in the public discourse on labour market policy. An analysis of German labour market policy from 1997 to 2017]. Hans-Böckler-Stiftung. https://www.boeckler.de/pdf_fof/102412.pdf
- Oxfam (Hrsg.) (2021). *The inequality virus. Bringing together a world torn apart by coronavirus through a fair, just and sustainable economy*. <https://oxfamlibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/621149/bp-the-inequality-virus-250121-en.pdf;jsessionid=CE632A61FC866F4B776330A152A8F2BA?sequence=1>
- Pfetsch, B., Eilders, C., Neidhardt, F., & Grübl, S. (2004). Das „Kommentariat“: Rolle und Status einer Öffentlichkeitselite [The “commentariat”: the role and status of a public elite]. In C. Eilders, F. Neidhardt & B. Pfetsch (Hrsg.), *Die Stimme der Medien. Presse-*

- kommentare und politische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik* (S. 39–73). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-322-80557-7_3
- Reckwitz, A. (2019). *Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne* [The end of illusions. Politics, economy and culture in late modernity]. Suhrkamp.
- Rieder, M., & Theine, H. (2019). „Piketty is a genius, but...“ An analysis of journalistic delegitimation of Thomas Piketty’s economic policy proposals. *Critical Discourse Studies*, 16(3), 248–263. <https://doi.org/10.1080/17405904.2019.1573148>
- Roy, G. K. (2022). An economic case for waiving intellectual property rights on COVID vaccines. *India Quarterly*, 78(1), 143–147. <https://doi.org/10.1177/09749284221078463>
- Rydland, H. T., Friedman, J., Stringhini, S., Link, B. G., & Eikemo, T. A. (2022). The radically unequal distribution of COVID-19 vaccinations: a predictable yet avoidable symptom of the fundamental causes of inequality. *Humanities & Social Sciences Communications*, 9(61), 1–6. <https://doi.org/10.1057/s41599-022-01073-z>
- Schaal, G. S., Heyer, G., Wiedemann, G., Niekler, A., & Dumm, S. (2016). *Postdemokratie und Neoliberalismus: Zur Nutzung neoliberaler Argumentationen in der bundesdeutschen Politik 1949–2011* [Post-democracy and neoliberalism: On the use of neoliberal arguments in German politics 1949–2011]. Projektbericht. <https://edocs.tib.eu/files/e01fb16/871451344.pdf>
- Scholl, A. (2004). Die Inklusion des Publikums. Theorien zur Analyse der Beziehungen von Journalismus und Publikum [The inclusion of the audience. Theories for analysing the relationship between journalism and the audience]. In M. Löffelholz (Hrsg.), *Theorien des Journalismus* (S. 517–536). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-663-01620-5_28
- Sekalala, S., Forman, L., Hodgson, T., Mulumba, M., Namyalo-Ganafa, H., & Meier, B. M. (2021). Decolonising human rights: How intellectual property laws result in unequal access to the COVID-19 vaccine. *BMJ Global Health*, 6(7), e006169. <http://dx.doi.org/10.1136/bmigh-2021-006169>
- Sevignani, S. (2016). Kritische Politische Ökonomie [Critical political economy]. In J. Kroene & T. Pellegrini (Hrsg.), *Handbuch Medienökonomie* (S. 1–27). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-09632-8_3-1
- Sevignani, S., & Polkowski, J. (2022). Medienkommunikation: Einführung in handlungs- und gesellschaftstheoretische Konzeptionen [Media communication: Introduction to concepts of action and social theory]. In R. Spiller, C. Rudeloff & T. Döbler (Hrsg.), *Schlüsselwerke (in) der Kommunikationswissenschaft* (S. 389–410). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-37354-2_25
- Smith Ochoa, C., Hugendubel, M., & Gehlhar, S. (2019). *Umstrittene Faktenlage: Eine Diskursanalyse der öffentlichen Diskussion um sozioökonomische Ungleichheit in Deutschland* [Controversial facts: A discourse analysis of the public debate on socio-economic inequality in Germany]. Hans Böckler Stiftung, Working Paper 131. <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:101:1-2019102313200692525178>
- Sommer, B., & Maycroft, J. R. (2008). Influencing public policy: An analysis of published op-eds by academics. *Politics & Policy*, 36(4), 586–613. <https://doi.org/10.1111/j.1747-1346.2008.00122.x>
- Spanakis, P., Peckham, E., Mathers, A., Shiers, D., & Gilbody, S. (2021). The digital divide: Amplifying health inequalities for people with severe mental illness in the time of COVID-19. *The British Journal of Psychiatry*, 219(4), 529–531. <https://doi.org/10.1192/bj.p.2021.56>
- Streeck, W. (2013). *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus* [Buying time. The delayed crisis of democratic capitalism]. Suhrkamp.

- Thambisetty, S., McMahon, A., McDonagh, L., Kang, H., & Dutfield, G. (2022). Addressing vaccine inequity during the COVID-19 pandemic: The TRIPS intellectual property waiver proposal and beyond. *The Cambridge Law Journal*, 81(2), 384–416. <https://doi.org/10.1017/S0008197322000241>
- Theine, H., & Rieder, M. (2019). The billionaires boot boys start screaming – a critical analysis of economic policy discourses in reaction to Pikettys Capital in the twenty-first century. In N. Montesano Montessori, M. Farrelly & J. Mulderrig (Hrsg.), *Critical policy discourse Analysis* (S. 169–192). Edward Elgar. <https://doi.org/10.4337/9781788974967.00013>
- Theine, H., & Grisold, A. (2022). Die Medienberichterstattung zur Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung in Deutschland: eine korpuslinguistische Analyse [Media coverage of wealth and inheritance taxation in Germany: A corpus linguistic analysis]. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 32(1), 189–219. <https://doi.org/10.1007/s41358-022-00314-6>
- Thibodeau, P. H., Hendricks, R. K., & Boroditsky, L. (2017). How linguistic metaphor scaffolds reasoning. *Trends in Cognitive Sciences*, 21(11), 852–863. <https://doi.org/10.1016/j.tics.2017.07.001>
- van Dijk, T. A. (1991). The interdisciplinary study of news as discourse. In N. W. Jankowski, & K. Bruhn Jensen (Hrsg.), *A handbook of qualitative methodologies for mass communication research* (S. 104–120). Routledge.
- van Dijk, T. A. (1998). Opinions and ideologies in the press. In A. Bell & P. Garrett (Hrsg.), *Approaches to media discourse* (S. 21–63). Blackwell.
- van Dijk, T. A. (2009). News, discourse, and ideology. In K. Wahl-Jorgensen & T. Hanitzsch, (Hrsg.), *The handbook of journalism studies* (S. 211–224). Routledge.
- Vercellone, C. (2007). From formal subsumption to general intellect: Elements for a Marxist reading of the thesis of cognitive capitalism. *Historical Materialism*, 15(2007), 13–36. <https://doi.org/10.1163/156920607X171681>
- Volkmann, U. (2006). *Legitime Ungleichheiten. Journalistische Deutungen vom „sozialdemokratischen Konsensus“ zum „Neoliberalismus“* [Legitimate inequalities. Journalistic interpretations from “social democratic consensus” to “neoliberalism”]. VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-90451-1>
- Vu, H. T. (2014). The online audience as gatekeeper: The influence of reader metrics on news editorial selection. *Journalism*, 15(8), 1094–1110. <https://doi.org/10.1177/1464884913504259>
- Waitkus, N., & Wallaschek, S. (2022). Legitimate wealth? How wealthy business owners are portrayed in the press. *Social Justice Research*, 35, 1–32. <https://doi.org/10.1007/s11211-022-00396-1>
- Williams, T. C., & Burgers, W. A. (2021). SARS-CoV-2 evolution and vaccines: Cause for concern? *The Lancet Respiratory Medicine*, 9(4), 333–335. [https://doi.org/10.1016/s2213-2600\(21\)00075-8](https://doi.org/10.1016/s2213-2600(21)00075-8)
- World Trade Organization (WTO) (Hrsg.) (2020). *Waiver from certain provisions of the TRIPS agreement for the prevention, containment and treatment of COVID-19. Communication From India and South Africa*. IP/C/W/669. <https://docs.wto.org/dol2fe/Pages/SS/directdoc.aspx?filename=q:/IP/C/W/669.pdf&Open=True>
- World Trade Organization (WTO) (Hrsg.) (o. D.). No one is safe, until everyone is safe. <https://www.who.int/initiatives/act-accelerator/covax>
- Wright, E. O. (2017). *Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus* [Envisioning real utopias]. Suhrkamp.
- Zhou, Y. R. (2022). Vaccine nationalism: Contested relationships between COVID-19 and globalization. *Globalizations*, 19(3), 450–465. <https://doi.org/10.1080/14747731.2021.1963202>
- Zukerfeld, M. (2017). *Knowledge in the age of digital capitalism: An introduction to cognitive materialism*. University of Westminster Press. <https://doi.org/10.16997/book3>